

Pressemitteilung des AbL Landesverband Bayern (09.01.2024)

Was den Bauern wirklich helfen würde

Keine Frage, die Streichung der Steuerrückerstattung für Agrardiesel, und die Streichung der Steuerbefreiung landwirtschaftlicher Fahrzeuge kann und konnte nicht hingenommen werden. Proteste und Demonstrationen von Seiten der Landwirtschaft sind wichtig und notwendig um Betroffenheit auszudrücken. Die aufgeheizte Lage in landwirtschaftlichen Kreisen ist eine Folge politischer Instinktlosigkeit und Ungerechtigkeit, die einer kleinen Gruppe der Gesellschaft überproportionale Belastungen auferlegt. Zudem macht sich auch der Ärger von über 30 Jahren verfehelter Agrarpolitik Luft.

„Aktionen, die Linien des Anstands und der Demokratie, sowie die Verhältnismäßigkeit übertreten, lassen Verständnis und gesellschaftliche Unterstützung sehr schnell ins Gegenteil umschlagen. Hierzu gehören das Aufstellen von Galgen, unverhältnismäßige Straßenblockaden, sowie die Verbreitung von Umsturzfantasien“, so Isabella Hirsch, Vorsitzende der AbL Bayern.

„Als AbL distanzieren wir uns von derart radikaler Kraftmeierei und von extremen Gruppierungen, die Bauernproteste zur Durchsetzung ihrer Ziele missbrauchen wollen. Wir fordern von Bäuerinnen und Bauern, deren Interessenvertretungen, sowie von Politik und Gesellschaft die Arbeit aufzunehmen für eine verantwortungsvolle zukunftstaugliche Agrarpolitik für die Menschen in diesem Land,“ fügt Josef Schmid, Vorsitzender der AbL Bayern hinzu.

Jetzt, wo die Kürzungsvorschläge wenigstens teilweise zurückgenommen wurden, wäre ein guter Zeitpunkt, nicht mit nahezu erpresserischen Blockademaßnahmen auf eine hundertprozentige Durchsetzung der Forderungen zu pochen.

Vielmehr sollte mit unverminderter Einigkeit gemeinsam daran gearbeitet werden:

- Die Marktstellung der Landwirte so zu verbessern, dass die Erzeugerpreise nicht weiter von Molkereien und Schlachthöfen festgelegt werden, sondern von den Erzeugergemeinschaften der Bauern. Von unten nach oben, wie das in allen anderen Branchen auch üblich ist.

- Den Umbau der Tierhaltung nach den Empfehlungen der Borchert-Kommission umzusetzen.
- Umweltmaßnahmen gerecht zu entlohnen, statt nur den höheren Aufwand zu ersetzen.
- Die GAP-Prämien gerecht zu verteilen, um nicht länger über Flächenprämien Großbetriebe überproportional zu fördern.
- Die Höhe der Junglandwirteförderung nicht weiter nach der Betriebsfläche zu bemessen.
- Von der geplanten schrittweisen Abschmelzung der Dieselerbilligung Betriebe bis 10 000 Liter Jahresverbrauch auszunehmen.

Die Märkte und Marktregeln müssen so gestaltet werden, dass die landwirtschaftlichen Einkommen Rücklagen ermöglichen, um steigende Kosten aufzufangen. Agrarpolitische Fehlentscheidungen und Versäumnisse können nicht auf Dauer durch Sonderregelungen und Ermäßigungen vertuscht werden.